



NEWSLETTER AUGUST 2020
FÜR AB, MIL, MSP & WÜ

Foto: Henning Schacht

Liebe Leserin, lieber Leser,



Foto: Bernd Rützel

der Juli war geprägt von Terminen im Wahlkreis. Heuer war vieles anders, so ganz ohne die Volksfeste mit Festzügen und die vielen Wein- und Vereinsfeste. Ich nutzte die Zeit, einen Intensiv-Englischkurs in Berlin zu belegen und Menschen zu treffen, die mir am Herz liegen.

Jetzt zeigt sich langsam, welche Maßnahmen den Unternehmen, Betrieben, Vereinen, Beschäftigten, Sozialeinrichtungen, Jugendherbergen, ... helfen und welche einen Tropfen auf dem heißen Stein sind. Jetzt müssen wir uns darauf vorbereiten, noch einmal nachlegen zu können.

Besonders stolz und dankbar bin ich für den sehr großen Vertrauensbeweis bei meiner erneuten Nominierung zum Kandidaten des Bundeswahlkreises Main-Spessart/Miltenberg.

Ich wünsche Ihnen/Euch einen schönen August mit ruhigen Stunden und guter Erholung.

Ihr/Euer *Bernd Rützel*



Foto: SPD Miltenberg

S. 7: Radtour

... durch den Landkreis Miltenberg!



Foto: Barbara Thiel

S. 9: Einladung

... zu doudrü g' hört geredt über das faszinierende Indien!



Foto: SPD-Bundestagsfraktion

HANS-JOCHEN VOGEL
1926 – 2020

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

08 | 2020



Foto: pixaba

KLARTEXT

UNGLEICHHEIT BEKÄMPFEN!

Stärker als zuvor legt die Corona-Krise soziale Ungleichheiten offen und verschärft sie auch. Die SPD-Bundestagsfraktion hat daher ein Positionspapier mit Maßnahmen beschlossen, um langfristig den sozialen Zusammenhalt zu stärken: Mit guten Arbeitsverhältnissen mit fairen Löhnen, einer steuerlichen Entlastung niedriger und mittlerer Einkommen und einer besseren Finanzierung der Kommunen.

Das ist sozial gerecht und volkswirtschaftlich richtig. Die Corona-Pandemie trifft Menschen mit niedrigem Einkommen, in Betrieben ohne Tarifvertrag oder Betriebsrat besonders hart. Die bestehende Lohnungleichheit wird in der Krise verschärft und wird so zum Hemmschuh für eine sozial gerechte Gesellschaft und die konjunkturelle Erholung der Wirtschaft.

Wir setzen uns deshalb ein für eine Veränderung der Gehaltsstruktur durch eine Stärkung der Tarifbindung, allgemeinverbindliche Tarifverträge und eine stufenweise Erhöhung des Mindestlohns auf mindestens zwölf Euro.

Die Lasten der Krise müssen gerecht verteilt werden. Wer richtig viel Geld verdient, muss höher besteuert werden. Ebenso, wer sein Kapital für sich arbeiten lässt und wer riesige Vermögen erbt. Wir müssen wieder über die Vermögenssteuer diskutieren.

Die Krise zeigt auch die Konsequenzen von fehlenden Investitionen, z. B. in die Digitalisierung der Schulen oder im Gesundheitsbereich. Wir müssen daher vor allem unsere Kommunen finanziell stärken, damit sie vor Ort mehr investieren können.

Nur die SPD sorgt in der Regierung dafür, dass wir sozial gerecht und wirtschaftlich stark aus dieser Krise kommen. [Unser Positionspapier](#) legt dafür die richtige Grundlage.

WISSEN FÜR DIE WESTENTASCHE



DIE ELEKTRONISCHE PATIENTENAKTE KOMMT: FREIWILLIG!

Mitte Juli haben wir das Patientendaten-Schutz-Gesetz beschlossen. Kern des Gesetzes: Die konkrete Ausgestaltung der elektronischen Patientenakte (ePA), die die Krankenkassen ihren Versicherten anbieten müssen.

Das Gesundheitswesen wird digitaler, wir lassen endlich die Daten laufen und nicht die Patient*innen.

Ab nächstem Jahr steht den Versicherten diese neue elektronische Patientenakte zur Verfügung, wenn sie diese haben möchten. Dazu gezwungen wird niemand!

Mit dem E-Zahnbonusheft, dem E-Mutterpass oder auch dem E-Impfpass werden schon bald weitere konkrete Anwendungen in der ePA Realität.

Mit dieser patientengeführten Akte werden die eigenen Daten nun auch für jeden selbst nutzbar und stehen zur Verfügung, wenn man sie braucht. Der Patient wird zum Zentrum seiner eigenen Gesundheitsversorgung und hat seine Daten immer selbst im Griff.

Das war uns als SPD-Fraktion besonders wichtig.

Wir treffen außerdem Regelungen, um die Digitalisierung der Pflege voranzutreiben.

Und auch das E-Rezept als App wird ab Mitte kommenden Jahres den Versorgungsalltag der Patient*innen spürbar verändern.

Auch hier gilt: Wer kein Smartphone nutzen kann oder will, bekommt weiterhin einen Ausdruck in die Hand.



NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

08 | 2020



Foto: pixaba

DAS LIEFERKETTENGESETZ MUSS KOMMEN!

Nach Mindestlohn, Leiharbeit und Werkverträgen, Arbeitsbedingungen in der Fleischbranche und Arbeitnehmerentsendegesetz bin ich nun für meine Fraktion der Berichterstatter für das Lieferkettengesetz. Mit diesem Instrument wollen wir Regeln für Menschenrechte und Umweltschutz in der Wirtschaft festlegen. Wir haben es erst auf Basis der Freiwilligkeit versucht, doch das hat nicht funktioniert.



Wie kann ein T-Shirt weniger als zehn Euro kosten, wenn bei der Produktion nicht Arbeiter*innen ausgebeutet wurden? Waren Kinder an der Herstellung beteiligt? Wurden in den Fabriken die internationalen Arbeitsschutzstandards eingehalten?

Derartige Fragen stellen sich immer mehr Konsument*innen. Sie fordern zu Recht von Unternehmen, für Mindeststandards bei der Herstellung ihrer Produkte zu sorgen. Dazu könnte künftig ein Lieferkettengesetz beitragen. Die Pläne hierzu liegen auf dem Tisch: Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) und Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) haben dazu bereits sehr gute Vorarbeit geleistet, Hubertus Heil wird zeitnah einen entsprechenden Gesetzesvorschlag vorlegen.

Was soll ein Lieferkettengesetz bewirken?

Ein solches Gesetz soll zu mehr Schutz von Menschen und Umwelt in der globalen Wirtschaft führen. Im Handel und der Produktion verletzen Unternehmen im Zuge der weltweiten Wertschöpfungs- und Lieferketten immer wieder grundlegende Menschenrechte. Dazu zählen Kinderarbeit, Ausbeutung, Diskriminierung und fehlende Arbeitsrechte.

Auch die Umweltzerstörung soll in den Blick genommen werden: illegale Abholzung, Pestizid-Ausstoß, Wasser- und Luftverschmutzung.

Erste Eckpunkte des sogenannten Sorgfaltspflichtengesetzes sehen vor, dass künftig Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeiter*innen prüfen müssen, ob sich ihre Aktivitäten nachteilig auf Menschenrechte auswirken und wenn nötig angemessene Maßnahmen ergreifen. Ferner sollen sie einmal jährlich berichten, wie sie Menschenrechtsverletzungen vermeiden.

Die Initiative für ein Lieferkettengesetz ist ein Meilenstein gegen Ausbeutung und Kinderarbeit in Entwicklungsländern. Kinder sollen zur Schule gehen und nicht auf Plantagen und in Bergwerken schuften müssen. Nicht für billige T-Shirts und nicht für Autobatterien.

Ausbeutung darf kein Wettbewerbsvorteil sein.

MEHR POLITIK AUF WWW.BERND-RUETZEL.DE

GLEICHE CHANCEN FÜR MÄNNER UND FRAUEN

Die ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie, die unsere Bundesfrauenministerin Franziska Giffey Mitte Juni vorgestellt hat, ist ein wichtiger Baustein für mehr Geschlechtergerechtigkeit in unserem Land – auch wenn das Thema und Franziskas Strategie durch Corona nicht die Beachtung gefunden haben, die sie verdienen.

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

08 | 2020



Foto: pixaba

Es geht um

- >> gleiche Teilhabe am Arbeitsmarkt,
- >> eine gerechte Verteilung von Sorgearbeit und
- >> gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

Wir wollen gleiche Chancen für Frauen und Männer - im gesamten Lebensverlauf und in allen Lebensbereichen. Um dieses wichtige Ziel auch tatsächlich zu erreichen, gibt es nun erstmals in der Bundesrepublik eine solche Strategie, an der mehrere Ministerien mitgearbeitet haben. Gleichstellung wird somit nicht mehr nur im zuständigen Ministerium von Franziska Giffey vorangetrieben, sondern steht ab sofort in allen Ministerien auf der Todo-Liste. Mehr Informationen hierzu gibt es auf der Seite des Bundesfrauenministeriums (Foto anklicken):



HÄRTERE STRAFEN FÜR GAFFER

Immer häufiger kommt es vor, dass Schaulustige bei Unfällen oder Unglücksfällen Fotos oder Videos vom Geschehen machen. Im schlimmsten Fall verbreiten sie diese Aufnahmen über soziale Netzwerke oder geben sie an die Medien weiter. Für mich ist klar: Das Persönlichkeitsrecht des Menschen endet nicht mit dem Tod. Wir haben deshalb umgesetzt, dass das Fotografieren von Unfallopfern ab Herbst härter bestraft wird. Gaffern drohen Freiheitsstrafen von bis zu zwei Jahren, wenn sie Tote ablichten. Das hilft, um das Andenken der verstorbenen Person mit Blick auf das schutzwürdige Interesse der Angehörigen zu bewahren.

EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT

– SCHNELL UND EINFACH ERKLÄRT

Seit 1. Juli hat Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Aber was heißt das genau? Welche Schwerpunkte setzt Deutschland? Das alles wird in diesem Video (auf das Foto klicken) erklärt:



DARUM IST DIE GRUNDRENTE SO WICHTIG:

Ein sehr gutes Beispiel hat Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) in der Debatte über die Grundrente vorgebracht: Als Reinigungskraft im Krankenhaus bekommt Susanne Holtkotte den Mindestlohn. Obwohl sie systemrelevant ist, denn ohne Reinigungskräfte wie sie gibt es keine Hygiene im Krankenhaus. Bisher würde ihre Rente 760 Euro betragen. Mit der Grundrente werden es nun 1.030 Euro sein. Das macht einen Unterschied. Und deshalb ist es gut, dass wir die Grundrente beschlossen haben.

Mit einem Klick auf das Foto startet das Video:



NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

08 | 2020



Foto: pixaba

KOHLEAUSSTIEG BESCHLOSSEN

Es ist ein großer Schritt auf dem Weg zu einer klimaschonenden Energieversorgung: Spätestens im Jahr 2038 wird in Deutschland das letzte Kohlekraftwerk abgeschaltet. Die betroffenen Regionen werden bei der Strukturentwicklung und der Schaffung neuer Arbeitsplätze unterstützt. Das sind die Kernpunkte des Kohleausstiegsgesetzes und des Strukturstärkungsgesetzes, die der Bundestag Mitte Juli verabschiedet hat.

Der Ausstieg beginnt sofort

Bereits bis Ende 2022 werden acht der ältesten Braunkohle-Kraftwerksblöcke abgeschaltet, der erste noch in diesem Jahr. Bis 2030 werden die Braunkohlekapazitäten mehr als halbiert. Auch bei der Steinkohle werden noch 2020 die ersten vier Gigawatt vom Netz genommen. Bis 2030 wird die Leistung von heute mehr als 20 auf dann acht Gigawatt reduziert.

Ausführliche Informationen gibt es [hier](#).



Um die Erderwärmung zu begrenzen, muss der Ausstoß von Treibhausgasen wie Kohlendioxid (CO₂) drastisch reduziert werden. In unserem Klimaschutzprogramm haben wir daher beschlossen, dass Deutschland bis 2050 klimaneutral wird. Das setzt unter anderem einen Umbau der Energieversorgung voraus: weg von fossilen Brennstoffen wie Kohle und Öl, hin zu Energie aus nachhaltigen Quellen wie Wind und Sonne. Allein die Verstromung von Kohle ist für rund ein Viertel des gesamten deutschen CO₂-Ausstoßes verantwortlich.

Nun gibt es einen klaren Fahrplan für den Ausstieg aus der Kohleverstromung: Der Kohleausstieg beginnt sofort und endet spätestens 2038. Auf dem Weg dorthin wird die Verbrennung von Braun- und Steinkohle in festgelegten Stufen schrittweise verringert. Es gibt festgelegte Zeitpunkte, an denen überprüft wird, ob der Ausstieg beschleunigt werden kann. Parallel dazu wird für einen sozialen Ausgleich für die Menschen in den Kohleregionen gesorgt und in wirtschaftliche Zukunftsperspektiven investiert.

JUGENDHERBERGEN RETTEN

Mein Einsatz für die Jugendherberge auf der Burg Rieneck steht exemplarisch für unser Bemühen, diese wichtigen Einrichtungen in ganz Deutschland vor der Pleite zu schützen.

Die Corona-Krise hat nicht nur Hotels schwer getroffen, vor allem auch die auf Gruppen spezialisierten Jugendherbergen leiden unter den weggebrochenen Buchungen. Mit einem Klick auf das Foto sehen Sie mein Statement auf TV-Mainfranken:



Foto: Büro Rützel

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

08 | 2020

Foto: Bernd Rützel

UNTERFRÄNKISCHES INNOVATIONSCUSTER FÜR AUTOMOBILZULIEFERERINDUSTRIE

uns deshalb auch über die Chancen des Konjunkturpaketes verständigt. Gerade die Fördergelder aus dem Konjunkturpaket zur Investition in nachhaltige Techno-



Foto: Büro Halbleib

Gemeinsam mit Sabine Dittmar (MdB) und Volkmar Halbleib (MdL) fordere ich für Unterfranken ein Innovationscluster für die Automobilzulieferindustrie. Dazu haben wir einen Antrag an den Rat der Region Mainfranken gestellt. Anstoß ist das Konjunkturpaket der Bundesregierung. Dort gibt es in den nächsten zwei Jahren für Innovationcluster in der Automobil- und Zulieferindustrie 2 Milliarden Euro an Fördergeldern.

Weit über die Hälfte der Beschäftigten der Automobilzulieferindustrie in Bayern arbeiten in Franken und der Oberpfalz. Unterfranken ist am Untermain und in der Region Schweinfurt ein wichtiges Zentrum für die Zulieferindustrie. Hier spürt man schon, dass die Branche von Veränderungsprozessen geprägt ist wie z.B. der Umstellung auf E-Mobilität und digitale Produktionsprozesse.

Corona hat den Anpassungsdruck hier nochmals erhöht. Es ist wichtig, jetzt zu zeigen, dass wir nicht in die Abwicklung, sondern in die Zukunft der Zulieferindustrie investieren. In unseren Gesprächen mit Betriebsräten von unterfränkischen Automobilzulieferern haben wir

logien, Verfahren und Anlagen können für kleinere Unternehmen am Anfang der Produktions- und Lieferketten eine dringend notwendige Hilfe in Corona-Zeiten sein. Hiervon sind wir Sozialdemokrat*innen genauso wie die Betriebsräte überzeugt.

Mehr hierzu [auf meiner Homepage](#).

ARBEITSMARKT IN UNTERFRANKEN

Wie entwickelt sich der Arbeitsmarkt in Unterfranken? Das habe ich Mitte Juni zusammen mit den beiden unterfränkischen SPD-Landtagsabgeordneten Volkmar Halbleib und Martina Fehlner und dem SPD-Fraktionsvorsitzenden im Würzburger Stadtrat, Alexander Kolbow, mit der Leitung der Agentur für Arbeit in Würzburg diskutiert (siehe Foto).

In der Diskussion ging es mir vor allem darum, neben den Herausforderungen der Corona-Pandemie die Transformation auf dem Arbeitsmarkt zu gestalten.

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

08 | 2020



Foto: Bernd Rützel

RADTOUR DURCH MILTENBERG

Gemeinsam mit Helga Raab-Wasse, der Vorsitzenden des SPD-Kreisverbandes Miltenberg, radelte ich in zwei Etappen am 20. und am 22. Juli 2020 durch den Landkreis Miltenberg.

Die Radtour bot die Gelegenheit, die malerische Kulisse entlang des Mains von Faulbach bis Freudenberg sowie die Landschaft von Miltenberg bis Schneeberg auf dem Drei-Länder-Radweg in entschleunigtem Tempo zu genießen. Das Angebot für Gespräche am Gartenzaun, auf der Straße oder an den einzelnen Haltepunkten wurde sehr gut angenommen und die rege Teilnahme engagierter Genoss*innen vor Ort hat mich sehr gefreut. Hier die zwei Etappen im Überblick:

20.7.2020 Etappe Faulbach – Freudenberg

09:30 Uhr Faulbach

10:15 Uhr Stadtprozelten

11:00 Uhr Dorfprozelten

11:50 Uhr Collenberg-Reistenhausen

12:50 Uhr Freudenberg

22.7.2020 Etappe Miltenberg – Schneeberg

09:00 Uhr Miltenberg, mit Landrat Jens Marco Scherf

10:30 Uhr Weilbach

11:15 Uhr Amorbach

12:15 Uhr Schneeberg



Fotos: Büro Rützel

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

08 | 2020



Foto: Bernd Rützel

NEUES LÖSCHFAHRZEUG FÜR MITTELSINN

Ende Juli hat Mittelsinn ein neues Löschfahrzeug erhalten - bezahlt vom Bund. Der Schutz der Zivilbevölkerung im Verteidigungsfall ist Aufgabe des Bundes. Er nimmt diese Aufgabe unter anderem mit der Ergänzung der Ausstattung des Katastrophenschutzes der Länder wahr. 60 Mio. Euro stehen allein dafür zur Verfügung. Das bedeutet bundesweit 955 neue Löschfahrzeuge (Wert: je ca. 223.000 Euro), 4.466 Einsatzfahrzeuge sowie weitere technische Ausstattung.

Mit dem Haushalt 2019 hatte die Große Koalition auf Initiative der SPD ein umfangreiches Fahrzeugprogramm aufgelegt und 100 Mio. Euro (2019-2022) zusätzlich zur Verfügung gestellt. Ich freue mich, dass unsere Beschlüsse in Berlin nun auch bei uns vor Ort angekommen.



Allen, die sich täglich haupt- und ehrenamtlich in unseren Feuerwehren engagieren: Herzlichen Dank für Ihre Arbeit und allzeit sichere Einsätze!

DISKUSSION AUF PFARRKONFERENZ

Auf Einladung der monatlich stattfindenden Pfarrkonferenz aller Pfarrer*innen des Dekanatsbezirks Lohr kamen mein Bundestagskollege Alexander Hofmann und ich mit den Pfarrer*innen ins Gespräch über Glauben und Kirche, über das Verhältnis von Kirche und Staat und die Arbeit im Bundestag. Über zwei Stunden diskutierten wir mit den Pfarrer*innen aus den Landkreisen

Main-Spessart und Bad Kissingen, beantworteten Fragen, fragten zurück, so dass es zu einem fruchtbaren und kurzweiligen Austausch kam. [Hier](#) finden Sie den ausführlichen Artikel in der Mainpost dazu.

MIT 100% ERNEUT NOMINIERT

Die Mitglieder des SPD-Unterbezirks Main-Spessart/Miltenberg haben mich erneut zum Bundestagskandidaten gewählt – und das mit 100 Prozent der Delegiertenstimmen bei der Bundeswahlkreis-Konferenz in Collenberg (Lkr. Miltenberg).

Das ist ein fantastisches Ergebnis, für das ich sehr dankbar bin und über das ich anfangs auch ein wenig sprachlos war.

Bedanken will ich mich bei allen Engagierten und Delegierten bei der Konferenz sowie allen Mitgliedern generell: Ihr seid es, die mich und meine Arbeit trägt und unterstützt. Gemeinsam können wir viel mehr bewegen als einzeln. Danke auch an Sven Gottschalk und Helga Raab-Wasse - die beiden Vorsitzenden der Kreisverbände Main-Spessart und Miltenberg - für die netten Worte bei der Begrüßung und beim Vorschlag zu meiner Kandidatur.



Foto: SPD UB Main-Spessart/Miltenberg

Einen ausführlichen Bericht gibt es wie immer auf www.bernd-ruetzel.de.

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

08 | 2020

Foto: Bernd Rützel

SPD-BEZIRKSPARTEITAG: WIEDERWAHL ALS VORSITZENDER

Dass 88 von 100 geladenen Delegierten anwesend waren, hat mich besonders gefreut. Es tat gut, wieder direkt und ohne Bildschirm in die Gesichter meiner Mitstreiter*innen aus ganz Unterfranken sehen zu können. Und es tat auf jeden Fall auch unserer innerparteilichen Demokratie gut, dass wir endlich wieder direkt miteinander diskutieren konnten.



Foto: SPD Unterfranken

Auf dem Bezirksparteitag der UnterfrankenSPD Mitte Juni wurde nicht nur diskutiert, es wurde auch der Bezirksvorstand neu gewählt. Dabei spielten Maskenpflicht, Abstandsregeln, Mikrophon-Desinfektion und alle aktuell gültigen Corona-Regeln eine tragende Rolle.

Gleich zu Beginn nutzte der Parteitag die Gelegenheit, Rosemarie Lang zu verabschieden, die viele Jahre das Bezirksbüro der UnterfrankenSPD geführt hatte und im April in den wohlverdienten Ruhestand eingetreten ist.

In meinem Rechenschaftsbericht ging ich vor allem auf die Corona-Pandemie und die Maßnahmen zur Abschwächung ihrer Folgen ein. Klare Kante forderte ich bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus: Die Union war zu lange auf dem rechten Auge blind. Rechtsextremist*innen im Staatsdienst dürfen wir nicht dulden!

Mein Dank gilt nicht nur dem Team um unsere Bezirksgeschäftsführerin Isabelle Walter, das diesen besonderen Parteitag so hervorragend vorbereitet hat, sondern natürlich auch allen Delegierten, die mich mit 90 Prozent erneut zum Bezirksvorsitzenden gewählt haben.

Dies und alle anderen Ergebnisse sowie eine Rückschau auf die inhaltlichen Debatten gibt es hier [auf der Seite der UnterfrankenSPD](#) zu lesen.

HERZLICHE EINLADUNG: DOUDRÜ G'HÖRT GEREDT

Gespräch mit dem Bundesbankrepräsentanten in Indien, Peter Kern aus Massenbuch

Bevölkerungsreichste Demokratie der Welt, aufstrebende Wirtschaftsmacht, Land der Gegensätze: Noch vor ein paar Jahren bestimmten der starke ökonomische Aufschwung und die politischen Ambitionen der südasiatischen Atomkraft die Berichterstattung. Heute geht es vor allem um das ausgebremste Wirtschaftswunder sowie die gesellschaftlichen Verwerfungen - sei es die massive Korruption, die Kluft zwischen Arm und Reich oder die Unterdrückung von Frauen und Mädchen.

Einer der ausgiebig über dieses faszinierende Land mit all seinen Widersprüchen berichten kann, ist Peter Kern, gebürtig aus Gemünden-Massenbuch und seit 2017 Repräsentant der Bundesbank in Indien.

Ich freue mich sehr, dass er am **30. Juli 2020 von 16 bis 17.30 Uhr** in meinem Gemündener Bürgerbüro (Oberdorstraße 13) über seine Erfahrungen berichten wird.

Dabei wird es auch um das von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) geplante Lieferkettengesetz gehen, denn auch aus Indien ist immer wieder von Kinderarbeit und unmenschlichen Arbeitsbedingungen zu hören.

Die Veranstaltung ist für alle Interessierten unter Beachtung der geltenden Hygieneschutzmaßnahmen zugänglich. Zutritt nur mit Nasen-Mund-Maske. Eine Anmeldung ist daher auch zwingend notwendig, unter bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de oder 09351 603 6563.



Foto: Barbara Thiel

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

08 | 2020

Martina Fehlner



Landtagsabgeordnete
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,
Main-Spessart und Miltenberg

Sprecherin für Tourismus-, Forst- und
Medienpolitik der SPD-Landtagsfraktion

Liebe Leserinnen und Leser,

der Sommer ist da und mit ihm die Urlaubs- und Ferienzeit. Viele Reiselustige, die sich ansonsten an den Adriastränden tummeln, Fjorde erkunden oder kulturelle Städtereisen unternehmen, erleben in diesem Jahr jedoch eine ganz besondere Premiere: Urlaub zu Hause. Zwar ist die Reisewarnung für die meisten EU-Länder längst aufgehoben worden. Trotzdem schrecken viele noch vor einer Reise über die Landesgrenzen zurück. Nur 16 Prozent der Deutschen wollen im Sommer innerhalb Europas verreisen, so zeigt es eine aktuelle Umfrage vom Juli. Ein Viertel plant Urlaub im eigenen Land. 51 Prozent bleiben ganz zu Hause – häufig außerplanmäßig.

Auch die Art des Reisens hat sich durch Corona verändert: Wandern, Radfahren, Campen. Ferien an der frischen Luft, in der Natur und auf dem Lande. Das sind die Urlaubstrends im Corona-Sommer 2020. Bayern ist für derlei Reiseerlebnisse wie geschaffen. Ganz besonders auch unsere bezaubernde Region am Bayerischen Untermain und im Spessart. Dass Urlaubs- und Freizeitvergnügen jetzt überall wieder möglich ist, lässt die hiesige Tourismusbranche nach ungemein harten Wochen spürbar aufatmen. So könnte es letztendlich doch noch eine gute Sommersaison für Bayern, dem Reiseland Nummer eins in Deutschland, werden. Ich hoffe es.

Freilich sind die geltenden Hygieneauflagen derzeit noch unverzichtbar. Auf Reisen und bei Ausflügen sollte die Achtsamkeit immer mit im Gepäck sein. Doch müssen uns die Einschränkungen keineswegs vom Genießen, Entspannen und Erholen abhalten. Lassen Sie uns in diesem Sommer kreativ sein. Probieren wir mal was Neues aus – sei es nun Mountainbiken oder eine Mehrtages-Wanderung von daheim aus. Und sollte Ihre große Urlaubsreise diesmal Corona zum Opfer gefallen sein, dann setzen Sie doch einfach mal die Touristenbrille auf und entdecken die Gegend vor der eigenen Haustür aus Urlaubersicht. Ganz bestimmt erwarten Sie viele spannende Entdeckungen!

Unter dem Menüpunkt „Ferientipps“ habe ich auch in diesem Jahr auf meiner Homepage www.martina-fehlner.de wieder einige persönliche Empfehlungen für diese besonderen Sommerwochen aus der Region zusammengestellt. Schauen Sie mal rein und lassen Sie sich inspirieren.



Foto: Büro Fehlner

Schöne und erholsame Ferien – ob an einem See, in den Bergen oder daheim –wünscht Ihnen

Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604
buergerbuero@martina-fehlner.de

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

08 | 2020

Volkmar Halbleib



Landtagsabgeordneter für WÜ-Land

Betreuungsabgeordneter für WÜ-Stadt, Stadt und Landkreis Schweinfurt sowie die Landkreise Bad Kissingen, Haßberge, Kitzingen und Rhön-Grabfeld

STAATSFORSTEN IST GEMEINWOHL UND KLIMASCHUTZ VERPFLICHTET STATT GEWINNMAXIMIERUNG

Informationstermin zum Zustand unserer heimischen Wälder – Fragen zu neuen Naturwaldgebieten

Neben dem Umgang mit der Corona-Pandemie gibt es noch weitere Herausforderungen, gerade im Bereich Klimaschutz, die ich als Landtagspolitiker nicht aus den Augen verlieren will. Neben der nach wie vor in unserer Region herrschenden Wasserknappheit, treibt mich auch der damit direkt zusammenhängende Zustand unserer Wälder um. Die entscheidende Frage ist, welche Mittel die richtigen sind, um unsere Forstgebiete und damit die Sauerstoffspeicher für die Zukunft zu rüsten und die erkennbaren Schäden durch zunehmende Trockenheit, Hitze und Unwetterereignisse möglichst entgegenzuwirken.

In diesem Zusammenhang steht wohl auch der Entschluss der Staatsregierung, weitere Naturwaldgebiete auszuweisen, darunter in Mainfranken den Böhlgrund (Steigerwald) sowie den Irtenberger Forst (Kist, Landkreis Würzburg). Das Konzept dahinter und die Rechtsfolgen sind bisher allerdings selbst den Fachleuten noch unklar, zeigte sich jedenfalls in Gesprächen.

So ging es bei einem zweistündigen Austausch vor Ort, mit dem Arnsteiner Forstbetriebsleiter Christoph Riegert und seinem Team, um die Notwendigkeit der Ausweisung von Naturwaldgebieten als nutzungsfreier Fläche und deren Größe, aber auch um Waldwirtschaft,

den Holzmarkt und Gewinnmaximierung - die im Forstbetrieb nicht hochrangigstes Ziel sein darf, sondern hinter der Ökologie zurückstehen muss - den Balanceakt zwischen langfristigen Konzepten und kurzfristigen Bedarfen beim Rohstoff Holz, um Totholz-Vorräte, Verbisschäden, Bekämpfung von Borkenkäfer und Schwammspinner oder auch die Kooperation der Forstbetriebe mit externen Experten und anderen im Naturschutz aktiven gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen wie etwa den Bund Naturschutz oder den Jägern.



Gar nicht berücksichtigt wurde bei den neuen Naturwald-Ausweisungen das Forstgebiet Spessart. Weshalb ich den Antrag meiner Landtagskollegin Martina Fehlner unterstütze, dass die Staatsregierung dort geeignete und ausreichend große Gebiete für Naturwald-Reservate prüfen soll sowie deren mögliche Verbindung im Rahmen eines Biotopverbundes. Weil die derzeit getroffene Auswahl der Gebiete für mich ebenso fragwürdig ist wie die Tatsache, dass der Entschluss und die Festlegung des Umgriffs offenbar ohne Zutun der angrenzenden Kommunen fiel, fordere ich jetzt bei der zuständigen Staatsministerin Michaela Kanniber Aufklärung und Infos über das Gesamtkonzept.

Ich wünsche erholsame freie Tage – vielleicht auch bei einer Wanderung in einem unserer Forstgebiete.

Ihr/Euer

Volkmar Halbleib

Bürgerbüro Volkmar Halbleib, MdL
Sammelstraße 46, 97070 Würzburg
Tel: 0931 59384 | Fax: 0931 53030
buergerbueero-halbleib@t-online.de